

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
 und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

Protokoll

34. Sitzung (nicht öffentlich)

24. Juni 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.00 Uhr bis 13.05 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Champignon (SPD)

Stenograph: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Betriebskindergärten auch für Landesbehörden im Rahmen der neuen Regelung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK)**

1

Antrag der Fraktion der CDU
 Drucksache 11/3103
 Vorlage 11/1172

Nach dem Bericht von Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS) und der sich daran anschließenden Diskussion beschließt der Ausschuß als Stellungnahme an den federführenden Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie, sich mit der Klärung der in der Diskussion aufgeworfenen Fragen in der nächsten Zeit erneut zu befassen. Des weiteren soll in der Stellungnahme der vom Staatssekretär skizzierte Sachstand enthalten sein.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
34. Sitzung

24.06.1992
es-ma

Seite

- 2 Entwurf der Verordnung zur Anpassung der Regelsätze der Sozialhilfe 1992** 8

Der Ausschuß nimmt den Entwurf der Verordnung zur Anpassung der Regelsätze der Sozialhilfe 1992 bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN zustimmend zur Kenntnis.

- 3 NRW gegen Einschränkungen bei der Sozialhilfe** 16

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2640
Vorlagen 11/1212, 11/1306

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/2640 - wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

- 4 Ratenweise Einbehaltungen/Anrechnungen bei der Sozialhilfe** 18

hier: Ergebnisse einer Umfrage bei den Sozialhilfeträgern

Vorlage 11/1198

Im Anschluß an den Bericht von Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS) wird das Thema kontrovers diskutiert.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
34. Sitzung

24.06.1992
es-ma

Seite

**5 Das Sozialrecht für Flüchtlinge sichern, Härten für
Flüchtlinge und Kommunen abbauen!**

29

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3471
Vorlage 11/1324

Ohne Aussprache lehnt der Ausschuß den Antrag der
Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/3471 - mit den
Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. gegen
die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN ab.

Als Berichterstatter wird der Vorsitzende benannt.

6 Drittes Gesetz zur Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer verwaltungsrechtlicher Vorschriften;

30

hier: Artikel 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3080

In Erwartung einer in Aussicht gestellten Anhörung
verzichtet der Ausschuß heute auf eine Stellungnahme.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
34. Sitzung

24.06.1992
es-ma

Seite

7 Gesetz zur Änderung von Justizkostengesetzen

31

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3439

Der Ausschuß verzichtet auf eine Aussprache und stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung ohne Änderungen einstimmig zu.

**8 Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen
Perspektiven und Initiativen am Beginn der 90er Jahre**

31

Bericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen
gemäß § 39 des Landesplanungsgesetzes in der
Fassung der Bekanntmachung vom 5. Oktober 1989

hier: Ziffern 2.1, 2.3 bis 2.7

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 11/3390

Nach dem Bericht von Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS) und ausführlicher Debatte nimmt der Ausschuß den Landesentwicklungsbericht zur Kenntnis, ohne eine Wertung vorzunehmen.

Seite

**9 Für eine integrative Gesellschaft - Wege zur Lösung der
Asyl- und Zuwanderungsproblematik**

46

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/3807

Der Ausschuß kommt überein, in einer Stellungnahme an den federführenden Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung festzuhalten, daß der Ausschuß sich nicht in der Lage sehe, ein abschließendes Votum heute abzugeben, da zum einen der Bericht des Innenministeriums nicht abgegeben worden und von der F.D.P. ein Papier vorgelegt worden sei, das Konsens beinhalte, um möglicherweise zu einem gemeinsamen Papier von mehreren Fraktionen zu werden.

10 Verschiedenes

49

Siehe Diskussionsteil.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
34. Sitzung

24.06.1992
es-ma

6 Drittes Gesetz zur Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer verwaltungsrechtlicher Vorschriften;

hier: Artikel 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3080

Der **Vorsitzende** erläutert einleitend, der Landtag habe sich am 19. Februar 1992 mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt und ihn an den Ausschuß für Innere Verwaltung - federführend -, an den Rechtsausschuß und an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge überwiesen. Heute gehe es um die Abgabe einer Stellungnahme an den federführenden Ausschuß.

Aufgrund der Tatsache, daß **Abgeordneter Arentz (CDU)** für den federführenden Ausschuß für Innere Verwaltung eine Anhörung signalisiert, und **Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)** diese Absicht bestätigt und darüber hinaus darauf hinweist, daß sowohl Rechtsausschuß wie Innenausschuß quer durch die Fraktionen der Sache kritisch gegenüberstehen, empfiehlt der **Vorsitzende** folgende Stellungnahme an den federführenden Ausschuß:

In Erwartung einer in Aussicht gestellten Anhörung verzichtet der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge heute auf eine Stellungnahme. - Dem wird nicht widersprochen.